

PM 046/07

30.05.07

Konsequenz aus dem Sozialbericht NRW: DGB fordert Mittagessen für alle Schüler

Der vorliegende Sozialbericht NRW 2007 dokumentiert nach Auffassung des DGB ebenso erschütternd wie eindrucksvoll eine zunehmende Kinderarmut, die als gesellschaftlicher Skandal bezeichnet werden muss.

Der nordrhein-westfälische Armuts- und Reichtumsbericht weist nach, dass zwischenzeitlich 25 % der Kinder unter den Bedingungen materieller Armut aufwachsen. Eine Konsequenz der zunehmenden Kinderarmut ist die Tatsache, dass etwa 20 % der Betroffenen unter psychischen Störungen leiden. Die Ernährungssituation der Kinder, die in Armut aufwachsen, hat sich erheblich verschlechtert. Dies muss nach Auffassung des DGB-Bezirksvorsitzenden **Guntram Schneider** Konsequenzen haben.

In einer gemeinsamen Veranstaltung des DGB mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Armuts- und Reichtumsbericht forderte **Schneider** heute die Finanzierung eines Mittagessens für alle Schüler. Es sei erschreckend, so **Schneider**, dass in einem reichen Industrieland, in dem die Steuereinnahmen nur so sprudeln, tagtäglich viele tausend junge Menschen ohne eine warme Mahlzeit auskommen müssen. Die Landesregierung müsse deshalb sehr konkret handeln und die Finanzierung der Schulspeisung sicherstellen und das Thema nicht allein den Kommunen überlassen. Der DGB befinde sich, so **Schneider**, mit seiner Forderung in großer Übereinstimmung mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen.

Der DGB-Bezirksvorsitzende forderte des Weiteren die Rücknahme der Kürzungen in der außerschulischen Jugendarbeit. Besonders in den Ballungszentren an Rhein und Ruhr sei ein Ausbau der Struktur der „Häuser der offenen Tür“ in der Jugendhilfe dringend geboten. „**Das was jetzt in der Jugendarbeit eingespart wurde, spiegelt sich mit zeitlicher Verzögerung in mehr Ausgaben im Strafvollzug wider,**“ sagte **Schneider**. Der Sozialbericht zeige eindrucksvoll auf, dass Verteilungsausgleichsmaßnahmen höchst aktuell sind und bei steigendem Wohlstand steigende Armut bei vielen und steigender Reichtum bei wenigen feststellbar ist. Die Maxime der sozialen Gerechtigkeit werde auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend aus der Landespolitik ausgeblendet. Der DGB-Bezirksvorsitzende forderte deshalb ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und Gewerkschaften zur Bekämpfung zunehmender Armut. Dazu gehöre auch der Kampf für eine Sozialpolitik, die eine drohende Altersarmut aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse und „Mini-Jobs“ verhindert.

